

«Die Konsolidierung des Staatshaushalts hat weiter erste Priorität»

Rück- und Ausblick Im traditionellen Interview mit dem «Volksblatt» sprach Erbprinz Alois über die Entwicklung des vergangenen Jahres, seine politische Prioritätenliste für 2013 sowie über die im Februar anstehenden Landtagswahlen.

INTERVIEW: MICHAEL BENVENUTI UND MARTIN HASLER
FOTO: MICHAEL ZANGHELLINI

«Volksblatt»: Vor ziemlich genau 20 Jahren stimmte eine Mehrheit der liechtensteinischen Bevölkerung für den Beitritt zum EWR. War das im Nachhinein gesehen aus Ihrer Sicht die richtige Entscheidung?

Erbprinz Alois: Das war sicher die richtige Entscheidung, weil sie uns den Zugang zum europäischen Binnenmarkt gesichert hat. Im Gegensatz zur Schweiz hätten wir diesen Zugang kaum auf dem bilateralen Weg erhalten.

Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, dass das Abstimmungsergebnis zu einem grossen Teil der Entschlossenheit geschuldet ist, mit welcher der Landesfürst den EWR-Beitritt damals forcierte - und damit eine Staatskrise auslöste, die in der Verfassungsabstimmung von 2003 mündete und die Politik heute noch beschäftigt. War es das aus heutiger Sicht wert?

Auf jeden Fall - ohne diese Anstrengungen des Fürsten wäre es wohl nicht zum Beitritt gekommen. Andererseits wäre es früher oder später auch ohne die EWR-Debatte zu einer Verfassungsdiskussion gekommen. Gewisse Kreise haben schon länger darauf hingearbeitet und nur einen guten Zeitpunkt gesucht, um das zu einer Eskalation zu bringen.

Mit der Initiative «Ja - damit deine Stimme zählt» dominierte die Frage um die Rolle des Fürstenhauses in der liechtensteinischen Verfassung auch in diesem Jahr zu einem grossen Teil die politische Debatte. Erwarten Sie, dass diese mit dem klaren Abstimmungsergebnis zumindest vorerst abgeschlossen ist? Angesichts des sehr deutlichen Abstimmungsergebnisses erwarte ich mir dies schon. Aber man muss damit rechnen, dass es in unserem Land immer Gruppierungen geben wird, die mit unserer Staatsform ein Problem haben und auch wieder dagegen arbeiten werden.

In Ihrer Rede zum Staatsfeiertag plädierten Sie dafür, dass Landtag und Regierung die verbleibende Legislaturperiode trotz der anstehenden Wahlen für dringend notwendige Reformen nutzen. Haben Sie den Eindruck, dass dieser Appell von den Politikern gehört wurde? Die Regierung hat die verbleibende Legislaturperiode für die dringend notwendigen Reformen genutzt. Leider ist es ihr nicht gelungen, in allen Bereichen die für eine Umsetzung nötige Zustimmung des Landtages zu erreichen.

«Unterstützungsleistungen sollten bedarfsgerecht direkt an die Unterstützungswürdigen fliessen.»

Erwarten Sie, dass die nächste Regierung solche Grundlagen nutzt? Ja. Beim Staatshaushalt wird ein drittes Sparpaket notwendig sein. Die neue Regierung wird dabei auf Arbeiten der jetzigen Regierung aufbauen können. Bei der Entflechtung von Kirche und Staat hoffe ich, dass der nächste Landtag sich damit nur noch einmal befassen muss und wir dieses jahrzehntealte Thema dann abhaken können.

Erstmals in der Geschichte des Landes könnten im neuen Landtag vier verschiedene Fraktionen vertreten sein. Begrüssen Sie diese Erweiterung des demokratischen Spektrums für den Wähler oder erschwert diese Entwicklung die politischen Prozesse?

Sicher sind die politischen Prozesse mit weniger Parteien einfacher, aber wir haben gerade in den vergangenen vier Jahren die Erfahrung gemacht, dass die politischen Prozesse innerhalb der Parteien auch sehr kompliziert sein können und die Zusammenarbeit zwischen den Parteien manchmal sogar einfacher ist.

«Ich halte die Hürde für eine neue Partei, in den Landtag einzuziehen, recht hoch», sagten Sie im «Volksblatt»-Interview vor einem Jahr. Erachten Sie es als realistisch, dass beide Kleinparteien den Einzug in den Landtag verpassen? Wie stehen Sie dieser Möglichkeit gegenüber?

Wenn sich die beiden kleinen Parteien vor allem gegenseitig die Stimmen wegnehmen, kann es durchaus passieren, dass sie den Einzug in den Landtag verpassen. Da es höchstwahrscheinlich wieder zu einer Koalition der beiden Grossparteien kommen wird, sollte sich ein Einzug der beiden Kleinparteien auch nicht negativ auf die Stabilität der Regierung auswirken. Wenn die Oppositionsparteien durch konstruktive Kritik eine gute Kontrolle über die Regierungsparteien ausüben und nicht einem verantwortungslosen Populismus verfallen, dann ist es von Vorteil, wenn sie im Landtag vertreten ist. Zwar gibt unsere Verfassung eine Opposition durch die direktdemokratischen Rechte auch ausserhalb des Landtags politische Mittel, aber die Möglichkeiten sind natürlich grösser, wenn eine Partei selbst im Landtag vertreten ist.

Der Initiant der neuen Liste DU - der Ex-VU-Abgeordnete Harry Quaderer - hatte angekündigt, gegen die Senkung des Staatsbeitrags an die Krankenkassenbeiträge und die damit einhergehende Kostenbeteiligung für Prämienzahler das Referendum einzulegen. Haben Sie für dieses Anliegen Verständnis?

Meines Wissens zeigen alle wissenschaftlichen Untersuchungen, dass die Eindämmung von Kosten im Gesundheitswesen vor allem dadurch erfolgen kann, dass die Patienten

durch eine für sie spürbare Beteiligung ein Kostenbewusstsein entwickeln: So können beispielsweise unnötige Arztbesuche vermieden werden. Wenn man die Kostenentwicklung wirklich dämpfen will, kommt man aus meiner Sicht nicht um eine höhere Kostenbeteiligung herum.

Von verschiedenen Seiten - auch vom Fürstenhaus - wurde immer wieder angefordert, dass pauschale Staatsbeiträge beispielsweise an das Gesundheitswesen ohnehin der fal-

sche Weg sind, da sie nach dem Giesskannenprinzip dem Millionär genauso zugutekommen wie dem Sozialhilfeempfänger. Muss man da in Zukunft grundsätzlich über neue Modelle nachdenken?

Ja. Statt mit Staatsbeiträgen alle zu subventionieren, sollte man diese streichen und den weniger gut gestellten Menschen bedarfsbezogen helfen. Damit könnten wir insgesamt Geld sparen und gleichzeitig jenen besser helfen, die es wirklich brauchen.

«Von namhaften Sparpaketen bei den Gemeinden habe ich bis jetzt noch nichts gehört.»

Da geht es ja nicht nur um die Gesundheitskos-

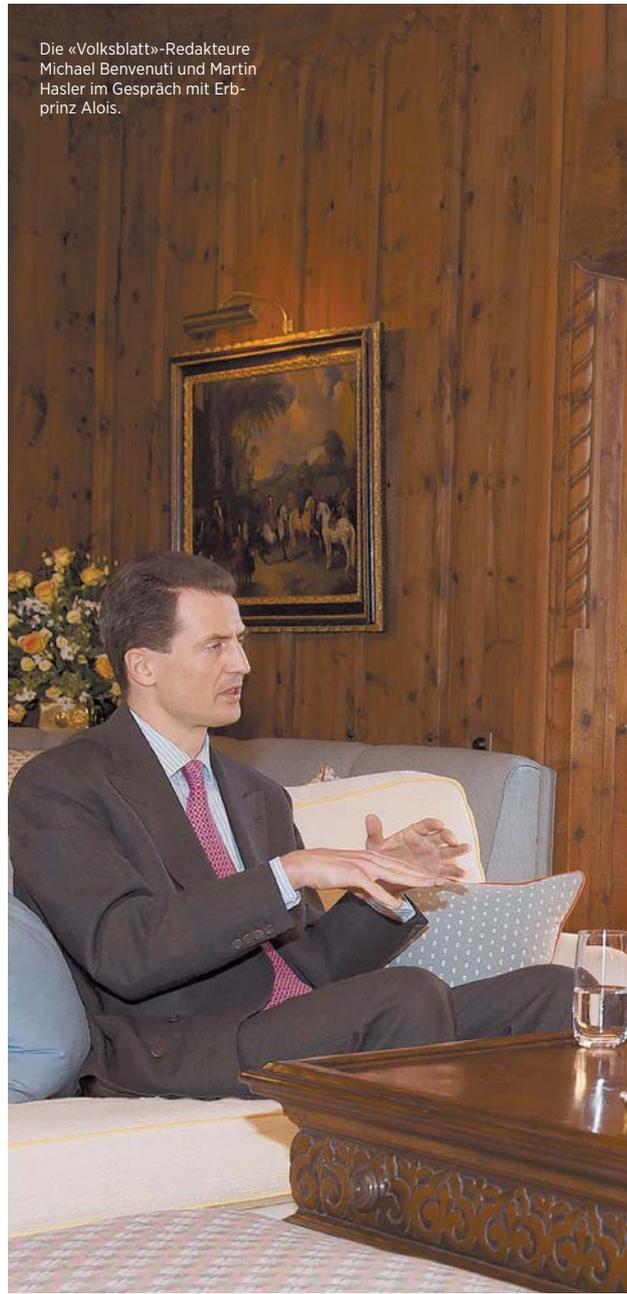
ten: Wenn wir beispielsweise an die AHV denken, die gegründet wurde, um Bedürftigen zu helfen: Die bekommt heute jeder - genauso eine Kinderbeihilfe. Muss da ein Umdenken stattfinden in die Richtung, dass ein Millionär solche Leistungen nicht braucht? Grundsätzlich sollte auch ein Millionär durch die Sozialversicherungen erfasst werden. Es ist ja nicht garantiert, dass er nicht doch irgendeinmal auf deren Leistungen angewiesen ist. Man könnte sich aber Gedanken machen, ob die AHV nicht eingeschränkter ausschütten sollte. Soll zum Beispiel eine AHV nur an jene ausschütten, denen eine Altersarmut droht, weil sie nicht ausreichend Mittel aus der zweiten und dritten Säule erhalten? Allerdings würden unsere Sozialversicherungen dann schwieriger administrierbar.

Das spielt in einen Themenkomplex hinein, den Sie am Staatsfeiertag als politische Priorität für die nächsten Jahre genannt haben: Die Sicherung der Sozialsysteme unter Massgabe gestärkter Eigenverantwortung bei gleichzeitiger effektiver Hilfe für Bedürftige. Sehen Sie nicht die Gefahr, dass der Mittelstand ausgehöhlt und die Gesellschaft polarisiert wird?

Wenn wir die Staatsbeiträge zurückfahren, die momentan an die Reichen wie an den Mittelstand und die Wenigverdiener gehen, wird man im Gegenzug nicht nur Arme, sondern auch Teile des Mittelstands unterstützen müssen. Diese Unterstützungsleistungen sollten aber aus dem allgemeinen Steueraufkommen bedarfsgerecht direkt an die Unterstützungswürdigen fliessen. Das ist einfach und überschaubar. Wenn wir hingegen neben dem Steuersystem auch noch die Sozialversicherungen zur Umverteilung durch einkommensabhängige Prämien und Ähnlichem nutzen, wird es kompliziert. Es besteht dann die Gefahr, dass es zu einer Anhäufung von staatlich verordneten Transferleistungen bei jenen kommt, die das System am besten ausnutzen, während jene, die es am meisten benötigen, zu kurz kommen.

Weiter haben Sie darauf hingewiesen, dass eine «gut konzipierte und behutsame Öffnung unserer Zuwanderung» in Kombination mit einer Erleichterung von Einbürgerungen zahlreiche Vorteile bringe - und damit eines der grossen Wahlkampfthemen vorweggenommen. Wie stellen Sie sich das konkret vor? Meiner Ansicht nach braucht es einen guten Dialog zwischen den Wirt-

Die «Volksblatt»-Redakteure Michael Benvenuti und Martin Hasler im Gespräch mit Erbprinz Alois.



schaftsverbänden, die eine vermehrte Zuwanderung fordern, und den zuständigen Behörden. Einerseits sagen die Verbände, dass sie erleichter-

ungswachstums, dass das Land auch in Zeiten des Sparens solche Investitionen tätigen muss? In der Bevölkerung zumindest scheint sich

«Wenn man relativ schnell Einkünfte für die Staatskasse generieren möchte, könnte man die Aktien der Landesbank verkaufen.»

das Verständnis in Grenzen zu halten. In Zeiten des Sparens müssen solche Grossinvestitionen tatsächlich besonders gut begründet werden, nicht zuletzt damit sie auch vom Volk akzeptiert werden. Meiner Ansicht nach wird man angesichts der hohen Kosten noch genauer erklären müssen, welchen Nutzen die S-Bahn bringt.

Der von der Regierung beabsichtigte Verkauf der Telecom Liechtenstein an die Swisscom hat viel Kritik auf sich gezogen, dürfte nach dem Motto «Der Staat war noch nie ein guter Unternehmer» aber ganz dem Geschmack des Fürsten entsprechen. Sehen Sie diese Angelegenheit gleich?

Grundsätzlich bin ich auch der Meinung, dass der Staat nur jene Aufgaben wahrnehmen soll, die er besser als Gemeinden oder Privatunternehmen ausführt. Das gilt besonders für Kleinststaaten, die ohnehin mit knappen Ressourcen eine Verwaltung und einen politischen Apparat stellen müssen. Da sollte sich

Vor diesem Hintergrund will die Regierung unter anderem viel Geld in eine S-Bahn investieren. Glauben Sie vor dem Hintergrund des Bevölke-

rungeinstens, dass das Land auch in Zeiten des Sparens solche Investitionen tätigen muss? In der Bevölkerung zumindest scheint sich das Verständnis in Grenzen zu halten. In Zeiten des Sparens müssen solche Grossinvestitionen tatsächlich besonders gut begründet werden, nicht zuletzt damit sie auch vom Volk akzeptiert werden. Meiner Ansicht nach wird man angesichts der hohen Kosten noch genauer erklären müssen, welchen Nutzen die S-Bahn bringt.



die Regierung auf die Aufgaben konzentrieren, in denen sie wirklich kompetent ist.

Wo sehen Sie weiteres Potenzial dafür, den Staat durch Privatisierungen zu entlasten und gleichzeitig Einkünfte für die Staatskasse zu generieren?

Grundsätzlich könnte man sich bei den meisten Staatsbetrieben eine Privatisierung überlegen. Allerdings gibt es Betriebe, die aufgrund ihrer Monopolstellung nach einer Privatisierung besonders stark reguliert werden müssten, wodurch sich die Vorteile einer Privatisierung relativieren können. Wenn man schnell Einkünfte für die Staatskasse generieren möchte, könnte man die Aktien der Landesbank verkaufen; dabei müsste man auch die Staatsgarantie infrage stellen, was vielleicht sowieso sinnvoll wäre, weil sie eine Gefahr für den Staatshaushalt darstellen kann.

Debatten gibt es auch darüber, ob auch Bereiche wie Bildung und Gesundheit in zumindest teilweise privater Hand nicht besser aufgehoben sind als beim Staat. Ein Beispiel dafür sind die Pläne für eine Privatklinik in Bendorf, nachdem der Neubau des Landesspi-

tals zumindest vorerst aufgeschoben wurde. Ist das der richtige Weg? Wenn Private ein Spital bauen wollen, dann haben sie grundsätzlich das Recht dazu. Das Problem im Gesundheitssektor ist aber, dass der Markt nicht wirklich funktioniert, weil das Angebot sich seine Nachfrage relativ leicht selbst schaffen kann. Jedes zusätzliche Spital kann daher zu Kostenexplosionen führen. Deswegen ist ein starker Eingriff des Staates unabdingbar, vor allem wenn solche Projekte über das rein Private hinaus und in den Bereich der obligatorischen Krankenversicherung gehen.

Ist für Sie die Frage nach einem eigenen Spital auch eine Souveränitätsfrage, wie dies einige Befürworter des Neubauprojekts darstellen? Nein, das sehe ich nicht so. Das Landesspital hat schon in den vergangenen Jahrzehnten nicht alles abgedeckt, was wir heute allein in der Grundversorgung von einem Spital erwarten. Wenn wir noch bedenken, dass ohnehin die Hälfte der Liechtensteiner im Ausland geboren wurde, ist die Souveränität kein glaubwürdiges Argument. Wir haben auch keinen eigenen Flughafen und der Grossteil unserer Berufsschulen ist in Buchs. Als

Kleinstaat ist man darauf angewiesen, viele Aufgaben auszulagern beziehungsweise gemeinsam mit den Nachbarn zu erbringen.

Vor einem Jahr nach den politischen Prioritäten für 2012 gefragt, nannten Sie die Konsolidierung des Staatshaushalts, die Entflechtung von Staat und Kirche sowie die echte Hilfe für Frauen in Schwangerschaftskonflikten. Welche Bilanz ziehen Sie in diesen drei Bereichen? Im Bereich des Staatshaushalts sind zwar wichtige Schritte gemacht worden, aber wie wir leider feststellen mussten, werden noch weitere wichtige Massnahmen notwendig sein. Im Bereich Kirche-Staat wurde die Entflechtung bis auf wenige Fragen auf Gemeindeebene weitgehend aufgegleist. Mit etwas gutem Willen von allen Seiten - insbesondere Gemeinden und Kirche - sollte nächstes Jahr eine endgültige Lösung vorliegen. Bei der Hilfe für Frauen in Schwangerschaftskonflikten ist man leider nicht weit gekommen, diesem Thema sollten sich die neue Regierung und der neue Landtag wieder widmen.

Nach dem Nein des deutschen Bundesrats zur Abgeltungssteuer mit der Schweiz, die als Vorbild für eine Lösung mit Liechtenstein galt, müssen wohl neue Lösungsansätze gesucht werden. Ist der von Regie-

rungschef Klaus Tschütscher angebotene automatische Informationsaustausch für Sie eine gangbare Möglichkeit?

Was konkret Deutschland betrifft, muss man erkunden, was die Politik dort wirklich möchte. Die Abgeltungssteuer will man nicht, nun muss man feststellen, welche Wege aus deutscher Sicht gangbar sind. Wirkliche Schritte wird man von Deutschland realistischerweise erst nach den Wahlen erwarten können. Meiner Meinung nach braucht es Lösungen für un- versteuerte Altvermögen, allerdings sollten diese der Privatsphäre besser schützen als der automatische Informationsaustausch. Eine Alternative zur Abgeltungssteuer wären Ansätze wie die LDF mit Grossbritannien.

Sie haben angesprochen, dass der Staatshaushalt zwar auf dem richtigen Kurs ist. Aufgrund des prognostizierten Einbruchs der Steuereinnahmen sieht die Lage für die kommenden Jahre aber düster aus - das Ziel «ausgewogen 2015» ist in weiter Ferne. Was muss nun getan werden?

Wir müssen weiter sparen, daran führt kein Weg vorbei. Und wir müssen versuchen, den Standort noch

attraktiver zu machen, um die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern und so wieder zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren.

In der Vergangenheit haben Sie und Ihr Vater oft angetönt, dass das Sparpotenzial im Staatshaushalt bei Weitem nicht ausgelotet sei. Wo sehen Sie die grössten Kostenblöcke? Wenn man sich den Staatshaushalt anschaut, dann sind die Finanzzuweisungen an die Gemeinden ein grosser Block. Von namhaften Sparkpaketen bei den Gemeinden habe ich bis jetzt aber noch nichts gehört. Ein anderer Bereich sind die Personalkosten bei der Verwaltung. In einem Unternehmen hätte man bei einer so schwierigen Finanzlage schon längst Personal abgebaut und Gehälter gekürzt. Beim Staat mag dies schwieriger sein, weil die Arbeit auch in schlechten Zeiten nicht weniger wird. Trotzdem sollte man sich wenigstens einen Einstellungsstopp überlegen. Ein weiterer grosser Block sind die bereits besprochenen Staatsbeiträge an die Sozialversicherungen. Auch der Bildungsbereich kostet viel Geld - gewisse Einsparungen sind möglich, aber man muss aufpassen, hier so zu sparen, dass man sich für die Zukunft nicht schadet.

Die geplante Sanierung der Pensionskasse, die zu einem grossen Teil aus der Staatskasse erfolgen soll, würde die Reserven des Landes weiter schmälern. Erachten Sie die jetzt vorliegende Lösung als sinnvoll?

Für die Sanierung müssen sicher Arbeitnehmer und Arbeitgeber einen Beitrag leisten, bei normalen Unternehmen und deren Pensionskassen ist das nicht anders. Nur leiden halt in diesem Fall auf der Arbeitgeberseite nicht die Aktionäre, sondern die Steuerzahler. Es ist schwer zu beurteilen, welche Aufteilung zwischen Steuerzahler und Staatsangestellten fair ist. Jedenfalls sollte eine Lösung auch rechtlich machbar sein. Nun ist abzuwarten, was Politik und Bevölkerung dazu sagen - alle zufriedenzustellen, wird kaum möglich sein.

Das Steuergesetz ist seit zwei Jahren in Kraft, nun sollen einige Massnahmen wieder zurückgenommen werden, eine Besteuerung von Mietzinsen ist ebenfalls im Gespräch. Ist das zielführend?

Ein Teil der Steuerausfälle ist vermutlich auch auf die Umstellung des Steuersystems zurückzuführen. Wie die Erfahrungen in anderen Staaten zeigen, ist es schwierig, bei grossen Steuerreformen eine einnahmeneutrale Punktlandung zu schaffen. Über Korrekturen beim Steuergesetz nachzudenken, hat daher sicher seine Berechtigung. Gewisse Änderungen wird man relativ bald angehen können, andere - wie die Entkoppelung des Eigenkapitalzinsabzugs vom Sollertrag bei der Vermögenssteuer - werden längere Übergangszeiten benötigen.

«Auch der Bildungsbereich kostet viel Geld - gewisse Einsparungen sind möglich.»

Abschliessend:

Welchen Themen räumen Sie in der nächsten Legislaturperiode Priorität ein?

Die Konsolidierung des Staatshaushalts hat weiter erste Priorität. Zu einem gewissen Grad damit verbunden ist die nachhaltige finanzielle Sicherung unserer Sozialsysteme, insbesondere der Altersvorsorge, bei der wir in der nächsten Legislaturperiode durch die «magische Grenze» 2018 Handlungsbedarf haben. Wir sollten auch beim Bildungssystem weitere Fortschritte machen, um in Zukunft im weltweiten Standortwettbewerb mithalten zu können. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass immer mehr Arbeitsplätze eine immer bessere Ausbildung erfordern.